



Scirocco
borderline-europe, Sizilien –
Teil 16/2022
Palermo, 06.10.2022



Scirocco borderline-europe, Sizilien – Teil 16/2022

Palermo, 06.10.2022

Scirocco [ʃiˈrokko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo im Zeitalter der Pandemie erscheint ab März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus. Scirocco ersetzt das Corona Update Italien.

Politische und soziale Situation

Ein politisches Ereignis, das Italien und Europa am 25. September 2022 erschütterte, waren die **italienischen Parlamentswahlen**. Ein Sieg des rechten Parteienbündnis zwischen Giorgia Melonis Fratelli d'Italia (Fdl – dt.: Brüder Italiens), Matteo Salvinis Lega und Silvio Berlusconi's Forza Italia war bereits vor den Wahlen denkbar, doch der deutliche Sieg der post-faschistischen Partei Fratelli d'Italia ist erschütternd. Die beiden letzteren Parteien erlangten jeweils „nur“ um die acht Prozent, doch **das rechte Wahlbündnis kommt dank des Sieges von Giorgia Meloni auf insgesamt rund 44 Prozent** – und hat damit sowohl die **Mehrheit der Sitze** in der Abgeordnetenkammer (235 von 400) als auch im Senat (112 von 200). Die Fdl erreichte bei den letzten Wahlen im Jahr 2018 gerade einmal **knapp über vier Prozent** und verzeichnet mit diesem Sieg einen Zuwachs auf **rund 26 Prozent** in nur vier Jahren. Der Wahlausgang ist besorgniserregend, denn eine Rückkehr zur rassistischen „**Politik der geschlossenen Häfen**“ – die der ehemalige Innenminister Matteo Salvini mit den sog. Sicherheitsdekreten („decreti sicurezza“) verfolgte – ist wieder möglich. Ebenso könnte sich die Situation für Flüchtende und Migrant*innen an den italienischen Landesgrenzen zu Frankreich und Slowenien und im zentralen Mittelmeerraum sowie für **Schiffe der zivilen**

Seenotrettung durch die neue Regierung weiter verschlechtern. Meloni betrieb bereits während ihres Wahlkampfes Hetze gegen Migrant*innen und beschwor imaginäre Feindbilder hervor. Dementsprechend ist zu erwarten, dass es im Bereich der Migrationspolitik zu weiteren Restriktionen kommen wird. Auch mit Blick auf das wichtige Thema **Pressefreiheit** wurden Fälle bekannt, bei denen **ausländische Journalist*innen** bei Wahlveranstaltungen der Fdl von jugendlichen Anhänger*innen der Partei heimlich aufgenommen wurden, um deren Fragen an Teilnehmende festzuhalten. Ob sich **neo-faschistische, rassistische** und **antifeministische** Positionen in der italienischen Politik festigen werden, liegt auch daran, ob die neue italienische Regierung Stabilität findet oder sich der Trend vorgezogener Neuwahlen in Italien erneut durchsetzt.

Besorgniserregend ist darüber hinaus die **Berichterstattung zu den Wahlen**. Die Bezeichnung des Wahlbündnis unter Giorgia Meloni als „**centro-destra**“ (Mitte-rechts) vermittelt den Eindruck, es handle sich bei der Fdl um eine bürgerlich-konservative Partei – doch Meloni hat ihre politischen Wurzeln im Faschismus. Sie trat bereits mit 15 Jahren in die neo-faschistische Partei **Movimento Sociale Italiano (MSI)** ein, die 1946 von Anhänger*innen des faschistischen Diktators Benito Mussolini gegründet wurde. Ihre heutige Politik kann und muss als **post-faschistisch** bezeichnet werden.



Meloni vor dem Logo der neo-faschistischen Partei MSI.
© Jose Antonio

Aufgrund der Bedeutung Italiens über die eigenen Grenzen hinaus, wird sich der Richtungswechsel in der italienischen Politik auch auf europäischer und internationaler Ebene auswirken. Der UNHCR hatte daher vor den Wahlen [zwölf Vorschläge](#) an wichtige politische Akteur*innen in Italien übergeben, welche den **Schutz Geflüchteter und von Migrant*innen in Italien sicherstellen** sollen – auch nach den Wahlen. Die Vorschläge reichen von der Förderung einer europäischen Solidarität in Fragen des Asylrechts, über die Seenotrettung bis hin zur Etablierung einer Asylbehörde, welche die Bearbeitung von Asylanträgen zukünftig effizienter gestalten soll. Die Vorschläge des UNHCRS sind dabei selbst durchaus problematisch und beinhalten unter anderem Forderungen wie: "die Beseitigung von Hindernissen, die der Rückführung von Personen entgegenstehen, die keinen Schutz benötigen", was sich eindeutig auf Abschiebungen bezieht. Der UNHCR selbst arbeitet in anderen Ländern eng mit staatlichen Akteur*innen zusammen, auch wenn dort die Rechte von Migrant*innen grundlegend missachtet werden. Dass die Organisation nun den Schutz von Geflüchteten durch die Wahlen in Italien bedroht sieht, bestätigt das politische Ausmaß und die Gefahr die von der neuen Regierung ausgeht.

Die italienische [Journalistin Sara Creta](#) ist vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gezogen, um ihr **Recht auf Informationsauskunft** einzuklagen. Creta verlangte von dem italienischen Innenministerium Auskunft darüber, wie öffentliche Gelder in Libyen verwendet werden. Hintergrund ist die Finanzierung lybischer Grenzkontrollbehörden, die für Pullbacks von Migrant*innen auf dem Mittelmeer verantwortlich sind (über die Zusammenarbeit des italienischen Staats mit lybischen Behörden berichteten wir bereits in den [vorherigen Ausgaben](#) dieses Newsletters). Das Innenministerium wies den Antrag der Journalistin mit der Begründung zurück, die Freigabe

der geforderten Informationen würde eine Bedrohung internationaler Beziehungen und der öffentlichen Sicherheit darstellen.

Im Sommer 2015 haben Aktivist*innen der **Bewegung No Borders** eine [Piazza in Imperia](#) besetzt und ein Camp zur Aufnahme von Geflüchteten errichtet. Dies war auch ein Zeichen des Protests gegen die Schließung der europäischen Grenzen. 14 beteiligte Aktivist*innen wurden dafür nun zu Gefängnisstrafen zwischen ein und drei Monaten verurteilt. **Wir verurteilen die Kriminalisierung von Aktivist*innen, von Migration und Solidarität scharf.** Weitere Informationen und Solidaritätskampagnen für Betroffene der Kriminalisierung sind über das [gleichnamige Projekt](#) einzusehen.

Aus einem [Urteil des obersten Gerichtshofs](#) in Italien (Kassationsgericht) geht hervor, dass **humanitäre Schutztitel an Migrant*innen vergeben werden müssen, welche die ernsthafte Absicht verfolgen, sich in Italien zu integrieren.** Darunter versteht der Gerichtshof sowohl das Erlernen der italienischen Sprache als auch die Ausübung einer Lohnarbeit.



Cassazione in Rom. © Jebulon

Diesem Urteil geht die Klage eines Migranten voraus, der aufgrund eines befristeten Arbeitsvertrags keinen Schutztitel in Italien erhalten hat. Erfreulicherweise reicht nun ein befristeter Arbeitsvertrag aus, um rechtliche Sicherheit in Hinblick auf einen humanitären Aufenthaltsstatus in Italien zu bekommen – da es weder für Geflüchtete und Migrant*innen noch für italienische Staatsbürger*innen einfach ist, unbefristet eingestellt zu werden. **Unrealistische**

Anforderungen wie diese an Migrant*innen zu stellen, die selbst von der lokalen Bevölkerung nicht erreicht werden können, belegen die bewusst eingesetzten und politisch gewollten Hürden, welche Migrant*innen von administrativer Seite in den Weg gestellt werden, um einen Aufenthalt in Italien und Europa zu erschweren.

Situation der Geflüchteten

Mit dem Beginn des Herbstes startet die Erntezeit in Italien, die jedes Jahr tausende **migrantische Saisonarbeiter*innen nach Italien bringt und diese unter ausbeuterischen Bedingungen** in der Oliven- und Tomatenernte beschäftigt. Wie zu erwarten, haben sich die inhumanen Bedingungen in den Unterbringungen der Arbeiter*innen kaum verändert, noch immer entziehen sich die Unterkünfte grundlegenden Hygienestandards und aufgrund der schlechten Zustände brechen **lebensgefährliche Feuer** aus. So auch Anfang September in **Borgo Mezzano**, wo vier Hütten abgebrannt sind. Obwohl der Agrarsektor auf die Arbeit von migrantischen Saisonarbeiter*innen angewiesen ist – ohne sie könnte die Ernte nicht bewerkstelligt werden – werden die Arbeiter*innen finanziell ausgebeutet und ohne richtige Arbeitsverträge oder Absicherungen beschäftigt.



Olivenernte. © Daniel Ventura

In letzter Zeit häufen sich wieder Fälle von Migrant*innen, die auf dem Landweg per Last-

wagen, Auto und Güterzug durch Europa reisen, um in einem anderen Staat Asyl zu suchen. Da ihnen im Rahmen der **Dublin-Verordnungen keine Bewegungsfreiheit** gestattet ist, müssen Migrant*innen heimliche und gefährliche Wege finden, um innereuropäische Grenzen zu überwinden. Erst vor kurzem bemerkte ein **LKW-Fahrer in der Nähe von Piacenza** in Norditalien, dass die Siegel seines Frachtraums aufgebrochen waren. Im Laderaum des LKWs entdeckte der Fahrer sieben Geflüchtete aus Afghanistan, die stark erschöpft und dehydriert waren. Eine ähnliche Situation ereignete sich an der **italienisch-österreichischen Grenze**. Hier versuchten acht Innder*innen per Auto das Land zu verlassen, wurden jedoch von der Polizei entdeckt. Der Fahrer gab an, den Job angenommen zu haben, um Geld zu verdienen. Er wurde wegen **Beihilfe zur unerlaubten Einreise** angeklagt. In der Region Trieste (ebenfalls Norditalien) wurden **zwei weitere Fahrer** gestoppt, die 17 Kurd*innen über die Balkanroute nach Italien brachten, um dort Asyl zu beantragen. Die beiden Fahrer aus dem Kosovo wurden verhaftet.

Erst Ende September wurde ein **Urteil gegen zwei junge Männer** bekannt, die jeweils zu einer Geldstrafe in Höhe von 1,45 Millionen Euro verurteilt wurden, weil sie Migrant*innen geholfen haben, sich auf Güterzügen auf der Strecke Verona nach Österreich bzw. Deutschland zu verstecken. Menschen, die Geflüchteten und Migrant*innen bei ihrer Flucht und Migration helfen, riskieren mittlerweile hohe Gefängnis- und Geldstrafen. Die Anklage auf Beihilfe zur illegalen Einwanderung muss angesichts der Tatsache, dass es **kaum legale Wege gibt, um in Europa Asyl zu beantragen**, als politisch motiviert eingestuft werden. Anstatt migrierenden Personen einen legalen Weg der Einreise und Asylantragstellung zu garantieren, werden sie und Helfer*innen kriminalisiert.

[L'Altrocircolo](#), eine Organisation, die LGBTQI+ bzw. queeren Migrant*innen psychologische und psychosoziale Unterstützung in Italien anbietet, berichtete, dass sechs ihrer Klient*innen mittlerweile einen internationalen Schutztitel zuerkannt bekommen haben. **LGBTQI+ Migrant*innen befinden sich in einer besonders vulnerablen Situation**, da sie häufig von ihren Familien und Communities diskriminiert werden und Homophobie auch in Europa stark verbreitet ist. Zudem erkennen nicht alle Staaten Verfolgung aufgrund von sexueller oder Geschlechtsidentität als Grund für ein Asylgesuch an.

Eine [Initiative aus Palermo](#) hat das Onlineportal „[Prima gli ultimi](#)“ ins Leben gerufen, welches **Migrant*innen in ihrem Alltag in Italien unterstützen soll**. Das Portal stellt Informationen zu verschiedenen Lebensbereichen wie Gesundheit, wirtschaftliche und rechtliche Beratung sowie Sprachschulen zur Verfügung und beinhaltet eine Zusammenstellung von Vereinen und Organisationen, welche Unterstützungsstrukturen für Migrant*innen anbieten. Ziel des Onlineportals ist es, einen Überblick darüber zu schaffen, welche Personen und Institutionen in welcher Situation kontaktiert werden können. Die Initiative wurde von dem Journalisten Rino Canzoneri gegründet. Sie soll zu einer **Willkommenskultur beitragen, die sich entschieden gegen Rassismus stellt**.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#) sowie in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#).

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de